

**NIEDERSCHRIFT**

(öffentlicher Teil)

Sondersitzung des Bauausschusses - Haushaltsberatung (gemeinsam mit dem Hauptausschuss)

Sitzungstermin:	Mittwoch, 14.09.2022
Sitzungsbeginn:	16:30 Uhr
Sitzungsende:	18:48 Uhr
Sitzungsort:	Drägerforum, Finkenberg 33, 23558 Lübeck
Anwesende Mitglieder	
Vorsitz	
Christopher Lötsch - CDU	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sabine Haltern - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzende	Ab TOP 6.1, vorher als Hauptausschussmitglied anwesend
Bastian Langbehn - fraktionslos	
Thomas Markus Leber - FDP Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	
Jochen Mauritz - CDU	Ab TOP 5.1
1. Stellvertr. Stadtpräsident Ulrich Pluschkell - SPD	Ab TOP 5.1
Arne-Matz Ramcke - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.	
Dalila Mecker - DIE LINKE	Vertretung für: Herrn Sascha Luetkens Stellvertr. Fraktionsvorsitzender
Günther Frings - Die Unabhängigen	Vertretung für: Herrn Michael Matties
Carl-Wilhelm Howe - FREIE WÄHLER & GAL	
Jan Ingwersen - CDU	Vertretung für: Herrn Andreas Zander
Uwe-Jens Iwers - BfL	Vertretung für: Frau Andrea Körnich-Krombholz
Elfi Rostkowski - SPD	
Roland Vorkamp - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN	
Beratende Mitglieder ohne Stimmrecht	
Sophie Bachmann - Fraktion 21	Vertretung für: Herrn Wolfgang Neskovic Fraktionsvorsitzender
Beiratsmitglieder	
Bruno Böhm - Seniorenbeirat	Bis TOP 5.1
Weitere Teilnehmer aus Bürgerschaft und Fraktion	

Michelle Akyurt - CDU	Bis TOP 5.1
Dr. Axel Flasbarth - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Ab TOP 4.1
David Jenniches - AfD Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 5.1
André Kleyer - BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 5.1
Ulrich Krause - CDU Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 5.1
Lars Lehrke - Die Unabhängigen	Bis TOP 5.1
Dr. Marek Lengen - SPD	Bis TOP 5.1
Thomas Misch - FREIE WÄHLER & GAL Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 5.1
Lothar Möller - BfL Fraktionsvorsitzender	
Peter Petereit - SPD Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 5.1
Oliver Prieur - CDU Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 5.1
Thomas Rathcke - FDP Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 5.1
Peter Reinhardt - SPD Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Bis TOP 5.1
Bernhard Simon - CDU	Bis TOP 5.1
Verwaltung	
Bürgermeister Jan Lindenau - FB 1 - Bürgermeister	Bis TOP 5.1
Senatorin Monika Frank - FB 4 - Kultur und Bildung	Bis TOP 5.1
Senatorin Joanna Hagen - FB 5 - Planen und Bauen	
Senator Ludger Hinsen - FB 3 - Umwelt, Sicherheit und Ordnung	Bis TOP 5.1
Senatorin Pia Steinrücke - FB 2 - Wirtschaft und Soziales	Bis TOP 5.1
Nicholas Benz - FBC FB 5	
Dennis Bössow - 1.201 Haushalt und Steuerung	Bis TOP 5.1
Kristin Gercke - 3.031 Fachbereichsdienste	Bis TOP 5.1
Oliver Groth - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Marion Höfs - FBC FB 4	Bis TOP 5.1
Ronny Hopp - FBC FB 1	Bis TOP 5.1
Annika Neuwirth - 1.201 Haushalt und Steuerung	Bis TOP 5.1
Markus Toll - FBC FB 5	
Manfred Uhlig - 1.201 Haushalt und Steuerung	Bis TOP 5.1
Sebastian Ziemann - 1.300 Recht	Bis TOP 5.1
Protokollführung	
Nadine Markmann - 1.101 Bürgermeisterkanzlei	
Wilk Wendorff - 5.061 Fachbereichsdienste	
Entschuldigte Mitglieder	
Mitglieder aus der Bürgerschaft	
Sascha Luetkens - DIE LINKE Stellvertr. Fraktionsvorsitzender	Abwesend
Andreas Zander - CDU	Entschuldigt abwesend
Wolfgang Neskovic - Fraktion 21 Fraktionsvorsitzender	Abwesend

stimmberechtigte Mitglieder ohne M.d.Bü.

Dr. Ulrich Brock - CDU	Entschuldigt abwesend
Andrea Körnich-Krombholz - BfL	Entschuldigt abwesend
Michael Matthies - Die Unabhängigen	Entschuldigt abwesend

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil:

1	Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen	
2	Genehmigung der Niederschrift	
3	Anfragen / Antworten / Mitteilungen	
3.1	Antwort auf Anfrage des ordentlichen Ausschussmitgliedes Ulrich Pluschkell (SPD-Fraktion) : Erledigung der Bürgerschaftsaufträge Haushalt 2021 und 2022	VO/2022/11429-01
4	Berichte	
4.1	Sachstandsbericht zu den aktuellen Parkhausneubauten	VO/2022/11422
5	Beschlussvorlagen	
5.1	Haushalt 2023	VO/2022/11299
6	Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft	
6.1	BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag Detailplanung Fahrradverleihsystem für Lübeck	VO/2022/11013
7	Anträge von Ausschussmitgliedern	
7.1	Dringlichkeitsantrag AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Bastian Langbehn & AM Mara-Lena Zeplin (beide Fraktion Vielfalt): Skateanlage in Travemünde	VO/2022/11414
8	Gleichstellung	
9	Verschiedenes	
10	Ende des öffentlichen Teils	
16	Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse	

Öffentlicher Teil:

zu 1 Eröffnung / Begrüßung / Feststellung der Tagesordnung / Verpflichtungen

Der Vorsitzende des Hauptausschusses, Herr Petereit, der in Abstimmung mit dem Vorsitzenden des Bauausschusses, Herrn Lötsch, die heutige gemeinsame Sitzung des Haupt- und Bauausschusses leitet, begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung mit der Feststellung der Beschlussfähigkeit. Es erfolgt ebenfalls eine Begrüßung der Anwesenden durch Herrn Lötsch, welcher anschließend das Wort wieder an den Vorsitzenden der gemeinsamen Sitzung übergibt.

Der Vorsitzende macht darauf aufmerksam, dass Personen, die möglicherweise befangen sein könnten, verpflichtet sind, dieses mitzuteilen. Ob jemand befangen sein könnte, entscheidet im Streitfall der Ausschuss.

Der Vorsitzende weist zudem darauf hin, dass Tonbandaufzeichnungen vorgenommen werden, die ausschließlich der Protokollerstellung dienen.

Der Vorsitzende erläutert den heutigen Sitzungsverlauf. Er teilt hierzu mit, dass zunächst eine gemeinsame Beratung des Haupt- und Bauausschusses zu Tagesordnungspunkten 4.1 und 5.1 erfolge.

Im Anschluss werde die gemeinsame Sitzung beendet und der Bauausschuss berät in alleiniger Sitzung über weitere Tagesordnungspunkte.

Frau Bachmann bittet um Mitteilung, ob in der heutigen Sitzung eine Beratung zum Antrag betreffend eine Skateanlage in Travemünde erfolge. Herr Lötsch teilt hierzu mit, dass dieser Antrag unter TOP 7.1 auf der Tagesordnung des Bauausschusses vorgesehen sei und im Anschluss der gemeinsamen Sitzung in alleiniger Sitzung des Bauausschusses beraten werde. Eine Abstimmung über die Dringlichkeit sei entbehrlich. Die Betitelung als Dringlichkeitsvorlage sei versehentlich erfolgt.

Der Vorsitzende der gemeinsamen Sitzung führt im Weiteren erläuternd aus, dass der Antrag betreffend eine Skateanlage in Travemünde ausschließlich für den Bauausschuss gestellt worden sei und daher eine Beratung im Hauptausschuss nicht erfolge. Ebenso gelte dies für den unter TOP 6.1 der Tagesordnung des Bauausschusses vorgesehenen Überweisungsauftrag aus der Bürgerschaft.

Den Mitgliedern des Hauptausschusses stehe es offen, bei den weiteren Beratungen anwesend zu bleiben.

Der Bauausschuss beschließt einstimmig die Tagesordnung.

zu 2 Genehmigung der Niederschrift

zu 3 Anfragen / Antworten / Mitteilungen

zu 3.1 Antwort auf Anfrage des ordentlichen Ausschussmitgliedes Ulrich Pluschkell

(SPD-Fraktion) : Erledigung der Bürgerschaftsaufträge Haushalt 2021 und 2022
Vorlage: VO/2022/11429-01

Der TOP hat bei der Feststellung der Tagesordnung nicht die Dringlichkeit erhalten.

zu 4 Berichte

zu 4.1 Sachstandsbericht zu den aktuellen Parkhausneubauten
Vorlage: VO/2022/11422

Herr Iwers fragt bzgl. des Parkens von E-Autos, welche Sicherheitsmaßnahmen unternommen werden würden. Er wisse von einem amerikanischen Parkhaus, was aufgrund eines brennenden E-Autos eingestürzt sei.

Frau Hagen antwortet, dass der Bericht den Anfang der Planung abbilde und die ersten Auftragnehmer beauftragt werden würden.

Bericht:

VO/2020/09463-01: Antrag von CDU + SPD zu: Zwischenbericht Neubau Parkhaus Holsten-
tor

VO/2015/02326: Antrag zu 15.1 VO/2014/01858 Verkauf eines Grundstücks in Travemünde,
Am Fahrenberg

0/09154-01-01-01: Haushaltsbegleitbeschluss 2021 zur Umsetzung des Parkhauses am
Fahrenberg

VO/2020/09543-01: Planung eines Fahrradparkdecks am Hauptbahnhof Lübeck (Sachstand)
Interfraktioneller Antrag von CDU + SPD zu VO/2020/09543

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	X
	Vertagung	
	Ohne Votum	

zu 5 Beschlussvorlagen

Herr Uhlig stellt den Haushalt anhand einer Präsentation vor, die als Anlage der Niederschrift beigelegt ist. Er weist in dem Zusammenhang auf den interaktiven Haushalt hin.

Herr Pluschkell und Herr Mauritz betreten den Raum.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Straßen, Wege und Brücken (39,4 Mio. Euro).
Er weist in dem Zusammenhang auf die Übersicht zu den Straßenmaßnahmen hin, die vorab zur Verfügung gestellt wurde.

Herr Ramcke fragt, ob es keine Verkehrsschwierigkeiten gebe, wenn die Maßnahmen zur Marienbrücke und zur Bahnhofsbrücke parallel laufen würden. Weiterhin sei für den Umbau für Geh- und Radwege eine niedrigere Summe ab 2024 vorgesehen, er würde dafür plädieren, dass Gelder in gleichbleibender Höhe eingestellt werden würden.

Herr Uhlig antwortet, dass die Maßnahmen der Bahnhofsbrücke und der Marienbrücke aufeinander abgestimmt seien. Demnächst werde die Verwaltung auch einen Bericht zum Brückenbau vorlegen.

Frau Hagen ergänzt, dass der Bericht bereits auf der Tagesordnung für den Bauausschuss am 19.09.2022 eingestellt sei. Bei den Mitteln, die für die Marienbrücke eingestellt seien, handle es sich um Planungskosten.

Herr Uhlig führt weiterhin aus, dass es bei dem Ausbau der Radwege in den letzten Jahren deutliche Steigerungen gegeben habe und dies auch fortgesetzt werden solle, aber noch keine Detailplanungen vorliegen würden.

Herr Pluschkell bittet darum, dass bei zukünftigen Haushaltsplanungen die Mittel für den ÖPNV separat aufgeführt werden.

Herr Uhlig sagt zu, die Bitte zum nächsten Haushalt zu beachten und zu den ÖPNV-Maßnahmen ggf. gesondert zu berichten.

Herr Dr. Flasbarth fragt, ob noch Maßnahmen ausstehen, die für den Bau des Radschnellwegs benötigt werden würden.

Frau Hagen erklärt, dass zur Vorstellung der Machbarkeitsstudie seitens der Verwaltung zugesagt worden sei, Informationen zur Verlagerung der Verkehre zur Verfügung zu stellen, was mittels des Verkehrsmodells erfolge, welches Ende dieses Jahres vorliegen solle. Die Verwaltung werde dazu berichten. Weiterhin befinde die Verwaltung sich in Gesprächen mit dem Innenministerium, die Maßnahme solle insgesamt mit einer Förderquote von bis zu 90% gefördert werden. Die Zeitschiene sei konservativ angelegt, wenn die Maßnahme vorgezogen werden könne, werde man dies tun.

Herr Ramcke fragt, welche Maßnahmen an der Lachwehrbrücke gemacht werden müssten. Er dachte, dass die Brücke gerade erst neu gemacht worden sei.

Herr Uhlig antwortet, dass die Brücke einer kurzfristigen Instandsetzung bedürfe, sonst würden Verkehrseinschränkungen drohen.

Nachträglich zur Niederschrift:

Die 1900 als Fachwerkträgerbrücke errichtete Obere Lachwehrbrücke überspannt den Stadtgraben und dient für den Geh- und Radverkehr als wichtige Brücke in das dahinter befindliche Nacherholungsgebiet. Es handelt sich somit nicht um die bereits instandgesetzte Brücke für den Kfz-Verkehr. Das Bauwerk wurde mit einer Zustandsnote 3,0 „nicht ausreichender Bauwerkszustand“ bewertet. Schäden an der Gründung beeinträchtigen die Standesicherheit. Diese müssen kurzfristig behoben werden, da sonst die Sperrung unumgänglich ist. Um ein Gründungsversagen und somit eine Sperrung zu vermeiden, sind kurzfristige Instandsetzungsmaßnahmen notwendig. Das Produktsachkonto ist 541001.596.

Herr Vorkamp fragt, warum es so schwerfalle, die Einzahlungssummen pro Maßnahme im Haushalt auszuweisen.

Herr Uhlig führt aus, dass es für die Verwaltung nicht immer einfach sei, mit konkreten Einzahlungsbeträgen in den Haushalt zu gehen, da diese nicht immer vorliegen würden, aber die Stadt ihren Eigenanteil darlegen müsse. Wo bekannt sei, dass mit einer bestimmten Förderquote gerechnet werden könne, werde diese eingetragen, aber bei Projekten ohne Förderbescheid gestalte es sich schwierig.

Herr Dr. Flasbarth sagt, dass nächstes Jahr als Radwegmaßnahmen nur die Jürgen-Wullenwever-Straße und der Radweg von Travemünde nach Warnsdorf geplant seien und fragt ob nach Jahren des Stillstandes nicht noch weitere Radwege ausgebaut werden könnten.

Frau Hagen entgegnet, dass darüber hinaus der Radwegausbau in der Mecklenburger Straße und die Maßnahme Stadtgrabenbrücke anstünden und auch der Radschnellweg so kurzfristig wie möglich umgesetzt werden solle. In der Regel verfüge die Verwaltung nicht über Vorratsplanungen. Die Informationen, an welchen Maßnahmen gearbeitet werde, würden aber ansonsten regelmäßig im Runden Tisch Radverkehr präsentiert.

Herr Vorkamp möchte wissen, ob die Bahnhofsbrücke ohne Förderbescheid gebaut worden sei.

Herr Uhlig antwortet, dass es dazu mit Sicherheit Fördermaßnahmen gebe.

Herr Vorkamp sagt, dass er basierend auf der letzten Antwort davon ausgegangen sei, dass ein Gesamtförderbescheid vorliege.

Frau Hagen erläutert, dass noch mit dem Ministerium diskutiert werden müsse, wie die Kosten am Ende verteilt werden würden und festgesetzt werde, welche Kosten anrechenbar seien. Es sei schwer, die abschließende Höhe aller Fördermittel abzusehen. Ganz konkrete Zahlen könnten erst nach der Abrechnung genannt werden.

Frau Bachmann fragt, ob ein Radweg zur neuen Begegnungsstätte geplant sei.

Frau Hagen antwortet, dass im Moment kein zusätzlicher Radweg vorgesehen ist. Herr Lindenau ergänzt, dass die Erreichbarkeit sichergestellt sei.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Schulbau (16,3 Mio. Euro).

Herr Jenniches fragt, warum die Kosten bei der Grundschule am Koggenweg so stark angestiegen seien.

Frau Hagen antwortet, dass die Verwaltung berichtet habe, dass unterschiedliche Varianten untersucht worden seien und verweist auf die dazugehörigen Vorlagen, in denen die Umsetzungsmöglichkeiten beschrieben werden.

Herr Ramcke sagt, dass es mehrere Haushaltstitel gebe, in denen auf abgängige Zaunanlagen verwiesen werde, er wolle wissen, warum diese nicht in einem Titel gebündelt werden würden.

Herr Uhlig entgegnet, dass die Investitionen, die an einer einzelnen Schule vorgenommen werden würden, auf die verschiedenen Produkte verteilt werden müssten.

Herr Ramcke wünscht, dass in Zukunft genauer angegeben werde, wofür einzelne Titel seien.

Herr Uhlig weist darauf hin, dass es auch teilweise mit der Haushaltssystematik zusammenhänge.

Herr Kleyer fragt, wie sich das Karstadtgebäude auf den OzD-Dachgeschossausbau auswirke und wie am Ende mit der Heizsituation umgegangen werden solle, wenn aufgrund von Corona wieder viel gelüftet werden müsse.

Herr Lötsch weist darauf hin, dass es im Bauausschuss einen Bericht gegeben habe, in dem dargestellt worden sei, dass das Karstadtgebäude und der OzD-Dachgeschossausbau unabhängig voneinander seien.

Frau Hagen erläutert, dass die Verwaltung derzeit das Planungsteam für das Karstadtprojekt aufstelle und man sich darauf vorbereite in die Planung zu gehen, parallel würden bereits Gespräche mit den Partnern stattfinden und es werde sich um Fördermittel bemüht. Beispielsweise gebe es Bundesfördermittel aus dem Programm Zukunftsfähige Innenstädte und Zentren. Sie kündigt an, dass demnächst eine Vorlage zu einem weiteren Förderprogramm den Gremien vorgelegt werde. Nächstes Jahr werde geplant und eine EW-Bau erstellt, anschließend könne ein besserer Zeitplan vorgelegt werden. Die Maßnahme OzD laufe parallel.

Herr Howe fragt, wann die Container für die Schule am Stadtpark am Adolfsplatz aufgestellt werden würden.

Frau Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Nachträglich zur Niederschrift:

Bei der Schule am Stadtpark soll zunächst der Erweiterungsbau (Mensa) gebaut und im Anschluss die Schulgebäude saniert werden. Im Zuge der Sanierung werden die jeweiligen Nutzungen der Schulgebäude in die Containeranlage auf dem Adolfsplatz ausgelagert. Der Aufbau der Containeranlage ist nach derzeitigem Stand (Bauanträge eingereicht) für das erste Quartal 2024 geplant. Vorab werden die Außenanlagen für den Aufbau des Interimsgebäudes vorbereitet. Auch diese Arbeiten sollen im ersten Quartal 2024 ausgeführt werden. Der Abbau des Interimsgebäudes erfolgt mit Abschluss der Sanierung. Derzeit wird von einer Sanierungszeit von ca. 14 Monaten ausgegangen. Nach Rückbau wird der Bolzplatz in seiner Ursprungsform wiederhergestellt. Insgesamt ist entsprechend mit einer Schließung des Bolzplatzes von ca. 18 Monaten zu rechnen.

Herr Rathcke möchte wissen, mit welchem Faktor die Verwaltung die Kostensteigerungen der letzten Monate berücksichtigt.

Herr Uhlig erklärt, dass Mehrkosten für die Projekte im nächsten Jahr inkludiert seien, allerdings werde hierbei auf das einzelne Projekt abgestellt. Eine pauschale Mehrkostenerhöhung werde nicht angenommen, es werde nach bestem Wissen und Gewissen kalkuliert.

Herr Ramcke fragt, wo das Thema Busbeschleunigung einsortiert sei.

Herr Benz antwortet, dass die Maßnahme Lichtsignalanlagen konsumtiv geordnet sei.

Herr Pluschke fragt, ob die Maßnahmen, die die Lübecker Bürgerschaft zur Busbeschleunigung beschlossen habe, im Haushalt geordnet seien.

Herr Uhlig bejaht dies.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hafen (16,3 Mio. Euro).

Herr Frings kritisiert die Hafenplanung und das Refinanzierungsmodell für Infrastrukturinvestitionen. Seiner Ansicht nach sollten nur Projekte genehmigt werden, die wirklich absolut notwendig für den Hafen wären.

Herr Lindenau erwidert, dass die Maßnahmen auf dem Hafenentwicklungsplan basieren würden, den die Bürgerschaft beschlossen habe. Er erläutert die Funktionsweise und die Vorteile, die das Refinanzierungsmodell mit der LHG für die Hafeninfrastruktur biete.

Herr Howe bittet um Informationen, ob etwas an der Fläche am Stau geplant sei.

Herr Uhlig sagt, dass dies ein laufender Titel sei, der im nächsten Jahr nur die laufende Unterhaltung beinhalte.

Herr Dr. Flasar sagt, dass er es nicht nachvollziehen könne, was der Stand der Landstromanlagen sei und fragt, was mit den Geldern gemacht werden solle, die dafür noch eingestellt seien.

Herr Uhlig weist auf den interaktiven Haushalt hin, die Maßnahmen seien darin auch erläutert.

Frau Hagen ergänzt, dass für 2023 vier weitere Anlagen vorgesehen seien, die sich derzeit in Planung befänden. Der Gesamtstand müsse nachgeliefert werden.

Nachträglich zur Niederschrift:

Entgegen der Planungen zum Jahresbeginn wird noch keine Anlage in 2022 fertiggestellt werden können. Lieferschwierigkeiten bei den Plugin-Stationen sowie dem Trafo, bedingt durch die Ukraine Krise, führen zu Verzögerungen. Jedoch konnte durch die rechtzeitige Bestellung des Trafos ein Lieferzeitpunkt Anfang 2023 fixiert werden, aktuell liegen die Lieferfristen bei Bestellung bei ca. 2 Jahren. Zwischenzeitlich werden die Leitungen von außerhalb des Hafengeländes Henry-Koch-Straße hin zum Terminal Skandinavienkai und von dort zu den Plugin-Stationen in 2022 fertiggestellt. Bis Ende 2023 soll an den Anlegern 5 und 6 ein Landstromanschluss zur Verfügung stehen. Bis Ende 2024 sollen Landstromanlagen für zwei weitere Anleger folgen.

Herr Ingwersen führt aus, dass zum Haltepunkt am Bahnhof Skandinavienkai Unterlagen zugesagt worden seien, die immer noch nicht vorliegen würden. Weiterhin wolle er wissen, ob Landstromanlagen für den Ostpreußenkai geplant seien.

Frau Hagen antwortet, das für den Ostpreußenkai nichts geplant sei und zum Bahnhof am Skandinavienkai sich eine Vorlage in der Finalisierung befinde, die im November den Gremien vorgelegt werden solle.

Herr Stolzenberg sagt, dass die Positionen, die sich aus dem Planfeststellungsverfahren zum Skandinavienkai ergeben hätten, jährlich immer wieder aufgeführt werden würden, daher wolle er wissen, wann diese endlich umgesetzt würden. Außerdem verzichte die Hansestadt Lübeck jährlich auf die Pacht für Flächen, die die LHG nutze.

Herr Lindenau entgegnet, dass auf die Pacht nicht verzichtet werde, sondern sie gestundet werde.

Herr Uhlig erklärt, dass einige Maßnahmen tatsächlich länger in den Haushaltplanungen enthalten seien, dies sei aber auch durch den Planungsvorlauf oder die Notwendigkeit, einzelne Maßnahmen zu verschieben begründet. Die letzten Jahre sei es aber enger zusammengefasst worden, damit die Umsetzungsquote gesteigert werden könne, bei der die Hansestadt Lübeck auch führend im Land sei.

Herr Frings sagt, dass in dem Rahmen auch dargestellt werden müsse, dass die LHG in den letzten Jahren Verluste gemacht habe.

Herr Petereit weist darauf hin, dass die heutige Veranstaltung zur Information gedacht sei, die Diskussion könne in der Bürgerschaft erfolgen.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für den Hochbau (9 Mio. Euro):

Frau Haltern fragt, ob die Stadt es sich leisten könne, die Maßnahme Standesamt erst 2027 anzugehen, wissentlich dessen, dass das Gebäude beschädigt sei.

Herr Uhlig sagt, dass für die Lindesche Villa die EW-Bau für Ende dieses Jahres fest eingeplant sei. Das Projekt sei am Laufen und es werde mit einer Förderquote von 50% gerechnet.

Frau Hagen ergänzt, dass das Problem nicht die Haushaltsmittel seien, sondern die Personalressourcen, die für dringendere Projekte verplant seien. Eine Lösung dafür habe noch nicht gefunden werden können.

Herr Ramcke bittet um Informationen zur Grundinstandsetzung des Theaters.

Frau Hagen erklärt, dass sich die Verwaltung derzeit in der Voruntersuchung und in Gesprächen mit dem Fördermittelgeber befinde. Es habe aufgrund von Corona viele Verzögerungen gegeben. Es solle demnächst ein Zwischenstand berichtet werden.

Herr Lötsch möchte wissen, wo im Haushalt die Planungen für das neue Verwaltungszentrum untergebracht seien.

Herr Uhlig entgegnet, dass es dafür noch kein Einzelprojekt gebe.

Herr Löttsch sagt, dass es dann ein einem der Sammeltitel enthalten sein müsse.

Herr Uhlig erläutert, dass es immer Sammeltitel für Planungsmaßnahmen gebe, zu dieser Maßnahme gebe es aber noch keine Einzelinvestitionsmaßnahme.

Herr Dr. Flasbarth fragt, ob die zehn energetischen Sanierungen, die für den Haushalt 2021 beschlossen seien, umgesetzt wären und wenn ja, warum keine neuen umgesetzt werden würden. Falls die noch nicht umgesetzt seien wolle er wissen, wann dies geschehen solle.

Frau Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Nachträglich zur Niederschrift:

Die Verwaltung wurde beauftragt, für städtische Gebäude mit maßgeblicher Energierrelevanz energetische Sanierungsfahrpläne zu erstellen. Hierfür hat die Verwaltung zehn Objekte identifiziert.

Im August 2021 erfolgte eine erste Ausschreibung zur Erstellung der energetischen Sanierungsfahrpläne. Nur ein Anbieter hat auf diese Ausschreibung hin ein Angebot abgegeben, welches jedoch den geplanten Wert um ein Vielfaches überstieg und somit als unwirtschaftlich abgelehnt werden musste.

Daraufhin erfolgte eine zweite Ausschreibung, dieses Mal geteilt in zwei Maßnahmen-Pools. Beide Maßnahmen-Pools konnten erfolgreich an den Partner „Die Energielenker“ aus Münster, mittlerweile auch mit einer Niederlassung in Lübeck vertreten, vergeben werden.

Da es sich bei den Sanierungsfahrplänen um komplexe, mehrjährige Maßnahmen handelt, welche sehr betreuungsintensiv sind dauern die Untersuchung aktuell noch an. Geplant ist, die Ergebnisse Ende Oktober 2022 vorzustellen. Konkrete Maßnahmen sind noch nicht im Haushaltsplan zu finden, die Erkenntnisse fließen dann jedoch direkt in Maßnahmen und Projekte, welche sich schon im Haushalt befinden.

Herr Mauritz bittet um Informationen, was mit dem Parkhaus am Fahrenberg sei.

Frau Hagen verweist auf den Bericht zu den sich in Planung befindlichen Parkhäusern, der auf der Tagesordnung dieser Sitzung sei.

Herr Dr. Flasbarth führt aus, dass die Flutlichtanlage von 14 Sportplätzen erneuert werden sollen und dafür sieben Jahre veranschlagt seien. Er möchte wissen, ob dies nicht schneller gehe, warum die Personalkapazitäten für diese Maßnahme nicht aufgestockt werden würden und warum nicht auch die Flutlichtanlagen der anderen Sportplätze gegen LED-Anlagen ausgetauscht werden würden.

Frau Hagen sagt eine Antwort zur Niederschrift zu.

Nachträglich zur Niederschrift:

In den letzten Jahren sind bereits Flutlichtanlagen umgerüstet worden (Koggenweg, Lohmühle Platz 2, Falkenwiese + div. vereinseigene Anlagen im Rahmen des Baus neuer Kunstrasenplätze). In 2022 ist die Umrüstung der Plätze Kasernenbrink und Brüder-Grimm-Ring in der Umsetzung. Weiterhin ist das GMHL aktuell dabei den Zustand der Bestandsanlagen zu bewerten (Elektrik, Standsicherheit Masten). Kosten und Umfang für das Umrüsten von Flutlichtanlagen auf LED-Technik sind dabei in erster Linie vom Zustand der vorhandenen Flutlichtmasten abhängig. In Einzelfällen kann ein Austausch auf den bestehenden Masten vorgenommen werden. Dann ist mit Kosten von ca. 30.000 EUR pro Anlage zu rechnen. Bei einer notwendigen Kompletterneuerung inkl. Masten steigen die Kosten jedoch auf rund 90.000 – 110.000 EUR pro Anlage (je nach Anzahl der Masten). Als Ausnahme ist hier der Buniamshof zu nennen, da dort ein Austausch im Stadion wesentlich kostenintensiver sein wird.

Bei einem Komplettaustausch sind vorab Fachplanungsbüros einzuschalten, auch um insbesondere bei diesen kostenintensiven Maßnahmen auf Fördermittel des Bundes im Rahmen der Kommunalrichtlinie zurückgreifen zu können. Das dortige Antragsverfahren beim Projektträger benötigt immer einen zeitlichen Vorlauf von einigen Monaten, ein vorzeitiger Baubeginn ist nicht zulässig. Aus den vorgenannten Gründen haben 5.651 und 4.401 zunächst einmal auf Grundlage der aktuellen personellen und finanziellen Kapazitäten geplant. Nach

Vorliegen der Bestandsbewertung und der Festlegung einer Prioritätenliste könnte die Umrüstung dann ab 2024 bei entsprechender Personal- und Finanzausstattung beschleunigt werden.

Herr Pluschke kritisiert, dass seine Anfrage zur Umsetzung der Haushaltbeschlüsse noch nicht beantwortet worden wäre.

Frau Hagen antwortet, dass die Antwort bereits zur Nachtragstagesordnung eingereicht worden sei.

Herr Dr. Flasbarth fragt, wie viel Geld für die Brandschutzmaßnahmen fürs Heilig-Geist-Hospital eingestellt worden wären, er habe dazu nichts finden können. Falls dazu nichts eingestellt worden sein sollte, wolle er wissen warum. Weiterhin wolle er wissen, ob die Nutzung der Heizung die Bausubstanz angreife.

Frau Hagen antwortet, dass es zum Brandschutz noch Abstimmungen gebe, es werde aber sicherlich bald möglich sein, das Thema vorzustellen. Zur zweiten Frage sagt sie eine Antwort zur Niederschrift zu.

Nachträglich zur Niederschrift:

Momentan erfolgt die Erarbeitung einer Kostenzusammenstellung im Sinne einer Machbarkeitsstudie. In enger Absprache mit der Bauaufsicht und der Feuerwehr wird parallel ein Interimskonzept erarbeitet, welches den sicheren Weiterbetrieb bis zu einer ggf. möglichen Umsetzung von Maßnahmen sicherstellt.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Feuerwehr (12 Mio. Euro).

Herr Möller fragt, ob Feuerwehrfahrzeuge auch mit anderen Gemeinden zusammen beschafft werden.

Herr Hinsen antwortet, dass die Möglichkeit bestehe und es auch teilweise gemacht werde, aber alle Kommunen unterschiedliche Fahrzeugpläne hätten, wann welche Feuerwehrfahrzeuge abgängig seien, daher sei es nicht immer möglich.

Herr Dr. Flasbarth möchte wissen, warum die Hansestadt Lübeck keine elektrischen Rettungsfahrzeuge einsetze.

Herr Hinsen erklärt, dass dies im Bereich der kleineren Fahrzeuge bereits gemacht werde, im Bereich der Spezialfahrzeuge entwickle sich der Markt gerade erst entsprechend, es seien noch nicht genug Fahrzeugtypen auf dem Markt verfügbar. Die Verwaltung habe dies aber im Blick.

Herr Stolzenberg vermisst das Haus Kronsforde in der Aufstellung der Feuerwehrgerätehäuser.

Herr Hinsen antwortet, dass das Projekt laufe, aber im Budget des GMHL geordnet sei.

Herr Iwers hakt nach, ob Elektroautos, wenn der Strom ausfalle geeignet seien.

Herr Hinsen sagt, dass dies derzeit kein Thema sei, da keine konkrete Beschaffung geplant sei, die Feuerwehr ihre Fahrfähigkeit aber immer sicherstelle.

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für Sporthallen, Grün- und Sportflächen (2,9 Mio. Euro).

Herr Uhlig präsentiert die Maßnahmen für die Erschließung (21 Mio. Euro).

Herr Dr. Flasbarth fragt, worum es sich bei Erbbaurechtsentschädigungen handle.

Herr Uhlig erläutert, dass es sich um einen Titel handle, um als Stadt in der Lage zu sein, Entschädigungen zu zahlen, beispielsweise damit im Rahmen von städtebaulichen Maßnahmen mit den Eigentümern von Flächen in Verhandlung getreten werden könne.

Frau Haltern fragt, was in den Konten 7821000 und 7852000 jeweils abgebildet sei und wo das Baufeld Bertlingstraße im Haushalt abgebildet ist.

Herr Uhlig sagt, dass das eine Konto für den Ankauf von Grundstücken, und das andere für die Baureifmachung von Grundstücken, beispielsweise eine Altlastensanierung, vorgesehen sei. Es seien Sammeltitel, die die Handlungsfähigkeit der Verwaltung sicherstellen sollen. Bei der Bertlingstraße sei eine aktive Bearbeitung aufgrund mangelnder Personalkapazitäten nicht möglich, daher sei es nicht mitaufgenommen worden.

Herr Lötsch entgegnet, dass im Bauausschuss gesagt worden sei, dass mit der Maßnahme im Herbst begonnen werden solle und es deswegen geordnet hätte werden sollen.

Frau Hagen erklärt, dass aufgrund von Elternzeit die Personalkapazitäten weggebrochen seien. Es sei aber beabsichtigt, dort Fortschritte zu erzielen und die Wettbewerbsauslobung auszuarbeiten.

Herr Dr. Flasbarth bittet um Informationen, wo er nach Projekten für Smart City suchen müsse.

Herr Uhlig antwortet, dass es verschiedene Förderprojekte gebe, die für die digitale Infrastruktur im Bereich DOS gebündelt worden seien und auch im Produkt DOS abgebildet wären.

Herr Uhlig weist erneut auf den interaktiven Haushalt hin. Bestehende Fragen sollen bis zur Sitzung der Bürgerschaft beantwortet werden und die gezeigte Präsentation werde mit der Niederschrift zur Verfügung gestellt.

Herr Ramcke bittet für spätere Planungen um eine Suchfunktion für den interaktiven Haushalt und dass eine bessere Identifikation der Titel anhand der Überschriften möglich werde.

Herr Uhlig drückt sein Verständnis aus und erläutert kurz die Funktionen des interaktiven Haushalts.

Herr Petereit beantragt, dass der Hauptausschuss die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weitergebe.

Der Hauptausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Herr Lötsch beantragt, dass der Bauausschuss die Vorlage ohne Votum an die Bürgerschaft weitergebe.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Der Vorsitzende unterbricht die Sitzung um 18:22 Uhr.

Der Vorsitzende fährt um 18:28 Uhr mit der Sitzung fort.

Herr Mauritz hat den Sitzungsraum noch nicht wieder betreten.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 6 Überweisungsaufträge aus der Bürgerschaft
--

zu 6.1 BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN: Antrag Detailplanung Fahrradverleihsystem für Lübeck
Vorlage: VO/2022/11013

Herr Lötsch beantragt, den TOP ohne Votum zur Haushaltsdebatte der Bürgerschaft zurückzugeben.

Herr Ramcke fragt, ob die anderen Fraktionen inhaltliche Bedenken hätten.
Herr Lötsch erklärt, dass die CDU das Thema intern am Wochenende behandeln wolle, daher könne er noch keine Auskunft dazu geben,

Herr Mauritz betritt wieder den Sitzungsraum.

Herr Frings sagt, dass die Kosten für die Vorplanung sehr hoch gewesen seien und es bereits ein System gegeben habe, daher sei es vielleicht sinnvoller erst einen Partner zu suchen, bevor die Planung abgeschlossen sei, aber keine das Verleihsystem betreiben wolle.
Frau Hagen erläutert, dass die Vorlage zusammen mit dem Stadtverkehr erstellt worden sei, und man zuversichtlich sei, Partner finden zu können. Die Frage, die für sie noch offen sei, seien die nicht unerheblichen Betriebskosten.

Herr Pluschkell führt aus, dass die Verwaltung die Politik aufgefordert habe, eine Haltung zu dem Thema anzunehmen. Die SPD sehe das durchaus positiv, die Bedenken der CDU würden aber auch diskutiert werden. Die SPD sei aber der Meinung, dass die Interessen einiger Fahrradanbieter nicht dazu führen dürften, dass kein Gesamtkonzept zustande komme.

Der Vorsitzende lässt über seinen Antrag abstimmen.

Der Bauausschuss stimmt dem Antrag, die Vorlage ohne Votum weiterzugeben, einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kenntnisnahme	
	Vertagung	
	Ohne Votum	X

zu 7 Anträge von Ausschussmitgliedern

zu 7.1 Dringlichkeitsantrag AM Arne-Matz Ramcke (BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN), AM Bastian Langbehn & AM Mara-Lena Zeplin (beide Fraktion Vielfalt): Skateanlage in Travemünde
Vorlage: VO/2022/11414

Herr Lötsch berichtet, dass zur letzten Bürgerschaftssitzung von den Antragstellern ein Antrag gestellt worden sei, mit dem zwei alternative Standorte verglichen werden sollten. Die

CDU spreche sich dafür aus, erstmal den Bericht zu diesem Antrag abzuwarten, der kurzfristig zugestellt werden solle. Er wolle ungerne das Ergebnis der Standortauswahl vorwegnehmen.

Frau Bachmann fragt, wie viel Geld eingeplant werden solle.

Herr Lötsch antwortet, dass dies noch diskutiert werde. Das Problem am vorliegenden Antrag sei, dass das Leuchtenfeld als Standort vorgegeben werde, in der Bürgerschaft die Grünen aber Wert darauf gelegt hätten, dass zwei Standorte verglichen werden würden. Die CDU wolle die Auswertung des ersten Antrags abwarten.

Frau Hagen ergänzt, dass es nicht Aufgabe des Fachbereichs Planen und Bauen wäre, hierfür Mittel anzumelden, sondern dies im Wirtschaftsplan der Kurbetriebe erfolgen müsse.

Herr Lötsch erklärt, dass im Bauausschuss gesagt worden sei, dass die Kurbetriebe zwar die Planung übernehmen würden, aber die Gesamtmaßnahme nicht unbedingt Sache der Kurbetriebe sei. Daher wolle die CDU Mittel im Haushalt bereitstellen und keine Festlegung auf das den Standort Leuchtenfeld.

Herr Ramcke sagt, dass die Zielsetzung dieses Antrags wäre, dass die Maßnahme im Haushalt berücksichtigt werde. Wenn die Standortbewertung vorliege könne auch nochmal umgestellt werden. Es gehe nur darum, dass dem Wunsch des Bürgermeisters entsprochen werde, dass Gelder in einer gewissen Größe im Haushalt eingestellt seien.

Herr Howe sagt, dass es seiner Meinung nach wichtig sei, dass in den nächsten Jahren Geld vorhanden sei und die Planung schnell abgeschlossen werden könne. Es gebe aber auch andere mögliche Standorte als das Leuchtenfeld.

Frau Bachmann fragt, ob die Möglichkeit des Leuchtenfelds nicht die teuerste Alternative sei. Herr Lötsch bejaht dies.

Frau Bachmann sagt, dass es dann eine gute Idee sei, Mittel in der Höhe einzustellen, falls sie für die teuerste Alternative gebraucht würden. Falls die Mittel in der Höhe nicht benötigt würden könnten sie immer noch umgewidmet werden.

Herr Lötsch wiederholt, dass das Problem mit dem Antrag die Festlegung auf das Leuchtenfeld sei. Die Antragsteller sollten sich zum Haushalt nochmal überlegen, den Standort aus dem Antrag herauszunehmen, und zur Bürgerschaft könne sich über den genauen Betrag unterhalten werden.

Frau Haltern stimmt zu, dass man sich nicht am Leuchtenfeld als Standort festklammern solle.

Herr Mauritz gibt zu bedenken, dass ggf. ein Standort gesucht werden solle, wo die Lärmbelastung keine Problematik darstelle.

Der Vorsitzende beantragt, nicht über den Antrag abzustimmen. Das Thema solle in der Bürgerschaft besprochen werden.

Der Bauausschuss stimmt dem einstimmig zu.

Abstimmungsergebnis	einstimmige Annahme	
	einstimmige Ablehnung	
	Ja-Stimmen	
	Nein-Stimmen	
	Enthaltungen	
	Kennntnisnahme	
	Vertagung	
Ohne Votum	X	

zu 8 Gleichstellung

zu 9 Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

zu 10 Ende des öffentlichen Teils

Es liegen keine Tagesordnungspunkte für den nichtöffentlichen Teil vor.

zu 16 Bekanntgabe der im nicht öffentlichen Teil gefassten Beschlüsse

Der Vorsitzende beendet die Bauausschusssitzung um 18:48 Uhr.

Lübeck, den 23. Dezember 2022

Christopher Lötsch
Vorsitzende/r

Herr Wilk Wendorff
Protokollführung